

GASTBEITRAG in der Frankfurter Rundschau, erschienen am 14.02.2004

Garantiertes Mindestniveau

Von Michael Schumann

In der aktuellen Debatte um Modifikationen der Rentenreform geht es für die Rot-Grüne-Regierung um mehr als um eine angemessene Altersversorgung. Am Beispiel der Rente gilt es, politische Prinzipien zu demonstrieren. Politische Prinzipien, die auch jenseits aller wie immer berechtigter versicherungstechnischen oder finanziellen Einwände die eigenen Grundvorstellungen von einer richtigen bzw. falsch eingerichteten Gesellschaft demonstrieren. Als „falsch“ muss jede Politik gelten, deren Vollzug so große Unsicherheit schafft, dass Angst vor dem Morgen sich ausbreitet. Und deren Wirkung in die Grenzbereiche von sozialem Absturz und existenziellem Elend führt – das meint auch zur Inanspruchnahme der Sozialhilfe, die zwar Grundsicherung gegenüber „absoluter Verelendung“ gewährleistet, nicht aber vor gesellschaftlicher Exklusion zu schützen vermag. „Richtige“ Politik kann deswegen nur sein, einen gesellschaftlichen Mindeststandard zu garantieren, Verunsicherungen zu begrenzen und Minimallebensbedingungen nicht weiter abzubauen. Damit hängt man sich nicht gleich den Mantel der gesellschaftlichen Vision um. **Man markiert aber, wo man sozial nicht ankommen möchte.**

Keiner bestreitet heute, dass Veränderungen des Sozialsystems notwendig sind. Reformen auch mit Negativ-Wirkungen. Das meint noch nicht gleich Krise des Sozialsystems – oder wenn, dann - schon fast geflügeltes Wort - allemal nur „Krise auf hohem Niveau“. Nach einem von der FR 07.02.04 veröffentlichten Umfrageergebnis stehen im Zentrum der Unzufriedenheit an der Regierungspolitik die „Vernachlässigung der Interessen der kleinen Leute“ (80%) und die „unklaren politischen Zielsetzungen“ (70%). Die Kritik macht sich also bei den meisten nicht an Verschlechterungen fest, die sie selbst durch die Reformpolitik erfahren haben. Der Unmut richtet sich gegen die nicht erkennbaren Prinzipien, die etwa die „kleinen Leute“ genauso bzw. mehr noch zu

Opfern werden lassen als jene, denen die Einschränkungen nicht weh tun. Der viel beschworene Bezug auf soziale Gerechtigkeit ist allzu dehnbar. Alle Lager können sich darauf berufen. Wichtiger, weil eindeutiger und konsequenter, ist die Garantie eines materiell-sozialen Mindestniveaus. Denn damit wird verlässlich zugesagt: die Einschnitte werden ein Mindestmass von menschenwürdigem Lebenszuschnitt (der Reichtum unserer Gesellschaft ist Maßstab) nicht in Frage stellen, aus Reformveränderungen darf nicht soziale Not erwachsen.

Wir wissen: Für die meisten von uns bleiben die anstehenden Reformauswirkungen jenseits von Not und menschenunwürdigem Leben. Aber für größer werdende Minderheiten geht es tatsächlich immer häufiger ans Eingemachte. Sozialdemokratische Politik unterscheidet sich bei Sozialreform nur dann trennscharf von neoliberaler, soweit sie für diese Grenzfälle „kleiner Leute“ gesellschaftliche Solidarität politisch organisiert. Dazu gehört dann auch die Ausgestaltung eines unteren Netzes sozialer Sicherung für alle, dessen Inanspruchnahme keine Schande ist, Teilhabe sichert und nicht stigmatisiert. Auch wenn dies nicht ohne Mehrbelastung für die Wohlbetuchteren zu haben ist. Der Konsens der Reformpolitik wird daran aber, siehe Umfragebefunde, nicht scheitern. Es könnte sogar damit erhöht werden. Erst die Einlösung dieser Grundprämisse gibt der Sozialpolitik sozialdemokratische Bodenhaftung.